

## Volk wird über das Energiegesetz bestimmen

20 167 Unterschriften sind gegen das kantonale Energiegesetz zusammengekommen – zum Ärger der SP.

### Lisa Stalder

Nun ist die Meinung des Stimmvolks gefragt: Es soll entscheiden, ob es im neuen bernischen Energiegesetz einen obligatorischen Energieausweis für Gebäude und eine Förderabgabe auf Strom verankern will oder eben nicht. Nachdem das Komitee am 14. Juli das Zustandekommen des Referendums gegen das Energiegesetz verkündet hatte, wurden gestern die Unterschriften übergeben.

Es seien insgesamt 20 167 Unterschriften zusammengekommen, sagte SVP-Grossrat und Komitee-Mitglied Peter Brand gestern vor dem Rathaus. Damit die Vorlage vor das Volk kommt, wären lediglich 10 000 Unterschriften nötig gewesen. Dass es mehr als doppelt so viele geworden sind, zeige deutlich, dass das Thema dem Volk ein «grosses Anliegen» sei. Brand betonte, dass das Referendum «kein Frontalangriff auf das Energiegesetz» sei. Doch das Komitee erachte es als überflüssig, den Gebäude-Energieausweis obligatorisch im Gesetz zu verankern. Ein solcher Ausweis sei zwar ein gutes Instrument, solle aber freiwillig bleiben. Denn: «Mit einer Etikette allein ist noch keine Energie gespart.»

Auch die Förderabgabe auf Strom soll aus dem Gesetz gekippt werden. Dies, weil die Belastung auf Strom bereits heute sehr hoch sei, wie Adrian Haas vom Handels- und Industrieverein sagte. «Wirtschaft und Bevölkerung sollen nicht noch tiefer in die Tasche greifen müssen.» Zudem betonte Haas, dass das Energiegesetz auch ohne die beiden Punkte noch immer «genügend Mass-

nahmen» aufweise. So etwa eine Sanierungspflicht für Elektroheizungen. Die SP des Kantons Bern sieht dies allerdings anders. In einer Medienmitteilung äusserte sich die Partei enttäuscht: «Leider wollen die bürgerlichen Parteien lieber die Zeit zurückdrehen und griffige Massnahmen gegen den Klimawandel verhindern.» Gehe es nach den Vorstellungen des Referendumskomitees, verkomme das Energiegesetz zu einem «zahnlosen Papiertiger». Dabei könnten mit dem kantonalen Energiegesetz, in der Form, wie es der Grosse Rat im März dieses Jahres abgesegnet hatte, «konkrete Schritte gegen den Klimawandel» unternommen werden. Zudem schaffe es neue Arbeitsplätze. Das Referendum gefährde diese Entwicklung. Die SP werde sich im Abstimmungskampf für ein Ja zum Energiegesetz einsetzen.

### Abstimmung nicht vor März 2011

Wann das Volk über die Vorlage abstimmen wird, ist noch nicht klar. Er rechne nicht damit, dass dies vor März 2011 geschehen werde, sagte Haas. Erst müsse sich der Grosse Rat noch einmal mit dem Thema befassen. Das wird voraussichtlich im November der Fall sein.

Bereits im März hatte sich der Grosse Rat mit dem Energiegesetz auseinandergesetzt. Dieses wurde schliesslich knapp angenommen. Aber erst, nachdem es abgespeckt wurde. So wurden Elemente wie die Lenkungsabgabe auf Strom oder die Sanierungspflicht für schlecht isolierte Altbauten aus der Vorlage gekippt. Für viele Bürgerliche noch nicht genug: Ein Komitee, dem neben dem Hauseigentümerversand und der SVP der Bauernverband Lobag, GastroBern, der Handels- und Industrieverein, Berner KMU oder der Bernische Elektrizitätsverband angehören, ergriff das Referendum.